

Die Finanzlage und die Tagespresse.

Die »Provincial-Correspondenz« ist in ihrer vorigen Nummer der Behauptung entgegengetreten, als ob die Schwierigkeiten unserer Finanzverwaltung unerwarteter Weise beseitigt seien; es sei wohl richtig, daß sich in den jüngsten Monaten eine erfreuliche Besserung im allgemeinen Verkehr und demzufolge auch eine Steigerung gewisser Staatseinnahmen eingestellt habe, und es sei aller Grund vorhanden sich der hoffnungsvolleren Gestaltung der Verhältnisse zu freuen, — keineswegs aber sei die Besserung eine so durchgreifende, daß der seit-her vorhandene bedeutende Ausfall dadurch gedeckt werden könnte.

Der betreffende Aufsatz hatte sich darauf beschränkt, die irrthümlichen Auffassungen und Gerüchte in jener Beziehung thatsächlich zu widerlegen, ohne näher zu erörtern, von welcher Seite die falschen Behauptungen ausgegangen waren.

Die Blätter der liberalen Partei sind nun mit der Erklärung bei der Hand: durch die Mittheilungen der »Provincial-Correspondenz« sei dem Schreiben der »Offiziösen« Gehalt gethan worden, welche seit Wochen verkündet hätten, daß von keinem Defizit mehr die Rede sei.

»Die mehrwöchentliche Schönfärberei der Offiziösen (heißt es an anderer Stelle) habe durch die halbamtliche Erklärung ihre unumwundene Zurückweisung erfahren.«

Die »Offiziösen« (so wird dann wieder versichert) welche jüngst unsere Finanzlage nicht rosig genug schildern konnten, treten jetzt den Rückzug an und setzen das Defizit wieder in seine Rechte ein.«

Diese Angriffe gegen die »Offiziösen«, d. h. gegen diejenigen Stimmen in der Presse, welche ihre Nachrichten aus den Regierungskreisen schöpfen, hat selbstverständlich keine andere Bedeutung und keinen anderen Zweck, als den Glauben zu erwecken, daß innerhalb der Regierung selbst ein rascher Wechsel der Ansichten, ein haltloses Schwanken stattgefunden habe.

Im Interesse einer richtigen Beurtheilung der Regierungsauffassungen erscheint es daher angemessen, näher zu untersuchen, ob wirklich durch Aeußerungen der regierungsfreundlichen Blätter die öffentliche Meinung in den letzten Wochen irre geleitet worden ist.

Wenn es von liberaler Seite jetzt anscheinend so freudig begrüßt wird, daß die »Provincial-Correspondenz« »endlich« einige Aufklärung über die Ansichten der Regierung bringe, so ist doch zuvörderst daran zu erinnern, daß dasselbe »halb-amtliche« Blatt erst vor wenigen Wochen sich über die Finanzfrage geäußert hatte.

In unserem Blatte vom 30. Juni ist über die Aufgabe der nächsten Landtagsession Folgendes zu lesen:

»Nachdem die Einigung in der jüngsten Session leider nicht erreicht worden ist, muß es der im Herbst bevorstehenden Landtagsession vorbehalten bleiben, vor allem dem augenblicklichen Bedürfnisse der preussischen Verwaltung abzuhelfen, vorbehaltlich der weiteren Verständigung über dauernde und grundsätzliche Veränderungen und Verbesserungen des gesammten Finanzwesens Preussens, des Norddeutschen Bundes und des Zollbundes in ihrem Zusammenhange und in ihrer Wechselwirkung.«

Es ist eine würdige Aufgabe für alle ernstesten Patrioten, in den dazwischen liegenden Monaten dazu mitzuwirken, daß sich bis zur nächsten Session in Wahrheit »die Ansichten geklärt und die Widerwilligkeiten soweit abgeschwächt haben, daß wieder ein gemeinsames Wirken von Ministerium und Volksvertretung ermöglicht« und die Beseitigung der augenblicklichen Schwierigkeiten herbeigeführt werde.

Sobald es gelingt, eine solche Verständigung zu erzielen, wird auch der Wahn, welcher hier und da, namentlich bei den Gegnern Preussens, durch die parlamentarischen Kämpfe des letzten Jahres erzeugt worden ist, als ob Preussens Finanzkraft ernstlich erschüttert sei, sehr bald wieder schwinden. Unsere Regierung nimmt es mit der augenblicklichen Verlegenheit gerade deshalb von vornherein so ernst und gewissenhaft, weil sie es nicht erst dahin kommen lassen will, daß wir in die Fußstapfen anderer Staaten gerathen, deren Kraft und Gedeihen durch die Zerrüttung der Finanzen untergraben und zerstört worden ist. Preussens finanzielle Lage hat noch jüngst nach Beendigung zweier Kriege die Bewunderung Europas erregt und unser Ansehen erhöht. Unsere Finanzkraft kann durch die Verlegenheit eines oder zweier Jahre gewiß nicht erschüttert sein; dieselbe könnte nur dann ernstlich Schaden leiden, wenn diese augenblicklichen Verlegenheiten dazu führen sollten, die allbewährte Ordnung unseres Staatshaushalts dauernd zu stören.

Dies zu verhüten, unter möglichster Schonung der Steuerkraft des Volkes, das wird die gemeinsame Aufgabe der Regierung und der Landesvertretung sein. Durch die Erfüllung derselben wird die nächste Landtagsession, so Gott will, alle Zweifel an der weiteren segensreichen und kraftvollen Entwicklung unseres verjüngten Vaterlandes vollends niederschlagen.«

So wurde vor kaum vier Wochen die Stellung der Regierung zu den Finanzfragen bezeichnet. Was ist denn inzwischen geschehen, wodurch die Auffassung der Regierung so gar zweifelhaft geworden wäre?

In keinem der Blätter, welche als offiziös gelten, an keiner Stelle, die einen Zusammenhang mit der Regierung hat, ist auch nur einen Augenblick eine andere Stellung zur Finanzfrage angedeutet worden: man verhielt sich auf dieser Seite meist nur abwehrend gegen die vielfältigen Gerüchte, welche über die Pläne der Regierung für die nächste Session in Umlauf gesetzt wurden.

Die »Norddeutsche Allgemeine Zeitung«, welche dafür bekannt ist, derartige Mittheilungen nicht ohne genaue Erkundigung an zuverlässiger Stelle zu bringen, schrieb unterm 10. Juli:

»Man wird wohl daran thun, alle Nachrichten, welche über die Absicht der Regierung in Betreff der Budget- und Steuerfrage durch die Presse laufen, durchweg mit der größten Vorsicht und mit entschiedenem Zweifel aufzunehmen, da innerhalb des Staats-Ministeriums alle Entschliessungen darüber ausdrücklich bis zur Rückkehr des Finanz-Ministers, welche Mitte August stattfindet, suspendirt sind. Hierbei liegt u. a. auch die Thatsache zu Grunde, daß es zu jenem Zeitpunkte schon eher möglich sein wird, sich ein klares Bild von dem voraussichtlichen finanziellen Verlaufe des Jahres zu machen. Sowohl die Ernte-Ergebnisse, wie auch die Bewegung im Handel und Verkehr, werden sich bis dahin bestimmter herausgestellt haben und eine festere Grundlage für die Berechnung der diesjährigen Einnahmen gewähren. Einweilen sind in gewohnter Weise in allen Ministerien die Bedürfnisse pro 1870 aufgestellt und dem Finanz-Ministerium vorgelegt, und in diesem finden die Vorarbeiten für die Aufstellung des Gesamtbudgets statt. Die Erörterungen im Staats-Ministerium aber sowohl über das Budget, wie über die Mittel zur Deckung des Einnahme-Ausfalls, werden erst in der zweiten Hälfte des August eintreten.«

In einem Aufsatz über die etwaige Scheidung der nothwendigen und der bloß nützlichen Ausgaben im Staatshaushalt schrieb die »Norddeutsche Allgemeine Zeitung« am 16. Juli:

»Setzt der Landtag den Wunsch, daß eine größere Summe von nützlichen Ausgaben geleistet werde, als nach den bisher eingehenden Einnahmen möglich ist, so werden solche Wünsche gewiß mit denen der Regierung zusammenzutreffen; eben damit diese Wünsche realisiert werden können, ist aber die Beschaffung größerer Deckungsmittel durch neue Einnahmequellen erforderlich.«

In denselben Tagen brachte die »Neue Preussische Zeitung« (welche in diesen Fragen seither im Allgemeinen die Ansichten der Regierung vertritt) mehrere Aufsätze über das Defizit, in welchen sie sich unter Anderem dahin ausdrückte, daß man an eine dauernde neue Regelung unserer Finanzen erst gehen könne, nachdem die Schwierigkeiten des Augenblicks beseitigt seien. Sie sagte:

»Es ist die gleichmäßige Pflicht der Regierung und der Volksvertretung, für Beseitigung des entstandenen Uebels zu sorgen, und zwar für eine sofortige Beseitigung.«

»Eine Gefahr für Preußen ist das Defizit nicht; sie würde es aber werden, wenn man durch Fortschleppung desselben Unordnung in die Finanzverwaltung bringt, und die Gefahr würde noch ernstlicher, wenn man es benutzte, um diese Finanzverwaltung über Hals und Kopf umzugestalten. Erst wenn durch Beseitigung des Defizits normale Zustände wieder hergestellt sind, wird die Staatsregierung berufen sein, sich mit der Landesvertretung über etwaige Reformen unserer gesammten Finanzwirtschaft zu verständigen.«

Ganz in demselben Sinne äußerten sich sämtliche sogenannte offiziöse Correspondenten der Provincial-Zeitungen. Nur fügten sie hinzu, daß die Staats-Einnahmen im Monat Mai ein unerwartet günstiges Ergebnis gehabt, und daß bei den guten Ernte-Aussichten eine noch vortheilhaftere Gestaltung für den nächsten Monat zu erwarten sei.

Daß diese Besserung hinreichen könne, um die Finanzschwierigkeiten zu beseitigen, ist in keinem der Regierung nahestehenden Blatte auch nur entfernt angedeutet worden; vielmehr wurde die Nothwendigkeit außerordentlicher Mittel zur Deckung der Ausfälle von dieser Seite fort und fort unumwunden ausgesprochen.

Dagegen hatten liberale Blätter die Mittheilungen über eine Besserung der Staatseinnahmen willkürlich dahin gedeutet, daß von einem Defizit nicht mehr die Rede sei: eine Mindereinnahme sei nicht mehr zu besorgen, ja »selbst der wunderliche Fall sei möglich, daß das Jahr 1869 schließlich noch Ueberschüsse nachweise.«

Im offenen Widerspruche mit den Aeußerungen der regierungsfreundlichen Blätter wurde behauptet: »auf Seiten der Regierung geschehe des Defizits kaum noch Erwähnung — in schroffem Wechsel der Ansichten sei man nachzuweisen bemüht, daß durch das Steigen der natürlichen Mehreinnahmen das Defizit gänzlich verschwinden werde.«

Vergeblich würde man nach einer solchen Aeußerung in irgend einem der Regierung befreundeten Blatte suchen.

Die Irreleitung der öffentlichen Meinung, welche in